



JULIEN BEHAL / PICTURE ALLIANCE / EMPICS (L.); CATHAL MCNAUGHTON / REUTERS (R.)

Demonstranten vor der Anglo Irish Bank in Dublin, Premierminister Cowen: Der Boom war auf Pump finanziert

STAATSSCHULDEN

Absturz eines Tigers

Irland droht ein zweiter Fall Griechenland zu werden. Die Sanierung seiner maroden Banken kostet möglicherweise mehr, als das kleine Land aus eigener Kraft leisten kann.

Sean FitzPatrick, 62, konnte sich ein Grinsen nicht verkneifen, als er am Mittwoch vergangener Woche im High Court von Dublin vor den Richter trat. Bereits im Sommer hatte Irlands berühmtester Banker persönliche Insolvenz angemeldet, weil er Schulden von etwa 145 Millionen Euro angehäuft hatte.

Seine monatlichen Einnahmen lägen zurzeit bei 188 Euro, ließ FitzPatrick das Gericht wissen. Ein armer Mann wird er allerdings nur, wenn ihn seine Frau Catriona verlässt. Die sechs Häuser und die Anrechte aus einem millionenschweren Pensionsfonds gehören teilweise ihr und können nicht so einfach von den Gläubigern gepfändet werden.

Die größte Summe schuldet FitzPatrick der Anglo Irish Bank, deren Verwaltungsratsvorsitzender er bis Ende 2008 war. „Die Bank hat ihm, seinen Verwandten und Freunden schon sehr seltsame Kredite gegeben“, sagt ein Bankaufseher. Seine Freunde in der Regierung ließen ihn gewähren. Kurz nach seinem Ausscheiden musste die Bank verstaatlicht werden.

Weil die irische Regierung immer noch nicht weiß, wie viele Milliarden Euro die Rettung dieser Bank kostet, kalkulierten die Finanzmärkte in den vergangenen Tagen schon mal eine Staatspleite Irlands durch. Die Versicherungsprämien für irische Schulden schossen sprunghaft nach

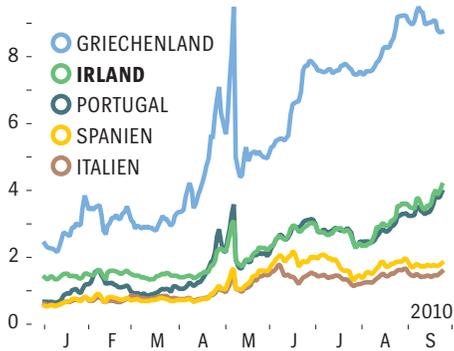
oben, die Europäische Zentralbank musste irische Staatspapiere kaufen. Schließlich waren alle froh, als es dem irischen Staat gelang, Anleihen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zu platzieren – allerdings mit einem extrem hohen Aufschlag.

Der Internationale Währungsfonds und die Europäische Union dementierten, dass Irland mit Hilfgeldern gerettet werden müsse. Aber plötzlich war die Angst vor einem zweiten Griechenland und einem neuen Aufflackern der Euro-Krise wieder da. Denn die schwelt weiter, obwohl die Euro-Staaten im Frühjahr ei-

Zinsaufschlag

gegenüber deutschen Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit, in Prozentpunkten

Quelle: Thomson Reuters Datastream



nen Rettungsschirm für strauchelnde Mitglieder aufspannten und die sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) zum Teil drastische Sparprogramme verabschiedeten, um ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Doch das Misstrauen blieb, die Risikoaufschläge für Anleihen dieser Staaten übertrafen in der vergangenen Woche teilweise sogar das Niveau des Frühjahrs.

Irland gilt derzeit als besonders gefährdet. Und das liegt vor allem an Männern wie Sean FitzPatrick und seinen Hinterlassenschaften.

Wie ein Mahnmal steht ein riesiges achtstöckiges Betonskelett in den Docklands von Dublin, nicht weit von den glitzernden Bürohäusern des Internationalen Finanzzentrums. Hier sollte die neue Konzernzentrale der Anglo Irish Bank entstehen, die FitzPatrick aus kleinen Anfängen zu einer großen Immobilienbank ausgebaut hatte. Fast zwei Drittel ihrer Kredite steckten in Hotels, Büros und Einkaufszentren, die derzeit keiner braucht.

In der Bauruine tropft das Regenwasser durch die Stockwerke. Vier leuchtend rote Kräne bewachen das Skelett. Offenbar hat die Kräne auch noch kein Bauunternehmer vermisst, weil ohnehin kaum mehr gebaut wird in Irland. Auf dem Nachbargrundstück wurde nur noch die Baugrube ausgehoben.

Es ist ein atemberaubender Absturz. Vor kurzem wurde das Land wegen seiner hohen Wachstumsraten noch als keltischer Tiger apostrophiert. Dank niedriger Steuern eröffneten US-Konzerne wie Ebay, Facebook und Google hier ihre Europazentralen, viele gutbezahlte Arbeitsplätze entstanden.

Doch der Boom war auf Pump finanziert. „Zwischen 2003 und 2007 importierte das irische Banksystem Gelder, die

mehr als der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts entsprachen, um in die Immobilienblase zu investieren“, sagt der irische Zentralbankchef Patrick Honohan.

Den Iren wurde das billige Geld geradezu aufgedrängt. Banker rieten ihren Kunden, überteuerte Apartments zu 120 Prozent zu finanzieren – mit dem Rest sollten sie in Urlaub fahren und sich ein neues Auto kaufen. Die Finanzkrise setzte dem Treiben ein Ende, von einem Tag auf den anderen kam der Boom zum Erliegen. Zuerst wurden die deutschen Architekten und die polnischen Bauarbeiter nach Hause geschickt. Mittlerweile sind auch fast 14 Prozent der Iren arbeitslos.

Jetzt wissen viele nicht, wie sie die Zinsen für ihre Hypotheken tragen sollen. Und die Banken haben Unmengen von Darlehen in ihren Büchern, die nicht mehr bedient werden.

„Jeder kämpft mit den Banken“, sagt Installateur Alan Byrne grimmig. Er steht mit zurückgegeltem braunem Haar und grünem „Ireland“-T-Shirt vor seinem Haus in einem der Außenbezirke von Dublin und schaut auf die gegenüberliegende Straßenseite, wo mehrere Häuser nie bezogen wurden. Vom Schlafzimmer aus blickt Byrne auf Bodenplatten aus Beton und Ziegelmauern halbfertiger Häuser, die die Immobiliengesellschaft

nicht mehr verkaufen konnte. „Das ist eine Geisterstadt“, sagt der Unternehmer, der mit dem Verkauf von Fliesen und Toiletten zu Geld kam.

Auch ihn schmerzen die Hypothekenzinsen. Wie so viele in der irischen Mittelschicht hofft Byrne, dass es irgendwie weitergeht. Aber die Wirtschaft schrumpft,



Parlamentsgebäude in Athen

„Jeder kämpft mit den Banken“

auch weil die Regierung bei den Ausgaben brutal abbauen musste. Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor wurden um bis zu 15 Prozent gekürzt. Gut 3 Milliarden Euro wurden eingespart.

Aber was sind 3 Milliarden gegen 20, 30 oder gar 40 Milliarden Euro, die eine einzige Bank den Staat kostet? In diesem Jahr wird das Staatsdefizit auf weit über 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen, viel höher als in Griechenland. Und da sind die Ausgaben für die Bank bisher nur zu einem kleinen Teil berücksichtigt. Anfang Oktober will die Regierung endlich offenlegen, wie hoch die Rechnung für die Anglo Irish Bank tatsächlich wird.

Bisher wurden die Reformen akzeptiert. Das könnte sich ändern. Im Dezember, bei der Aufstellung des Haushalts für das kommende Jahr, muss die Regierung ähnlich radikale Maßnahmen wie in Griechenland ergreifen, um auf dem internationalen Kapitalmarkt weiter Kredite zu bekommen.

Es kann gut sein, dass die Preise für Immobilien und die Löhne der Iren noch viel stärker sinken müssen. „Wir müssen noch 20 Jahre für die Dummheiten der Banker zahlen“, weiß Byrne mittlerweile.

Es kann aber auch sein, dass selbst das nicht ausreicht – und der Euro-Rettungsfonds helfen muss.

CHRISTOPH PAULY

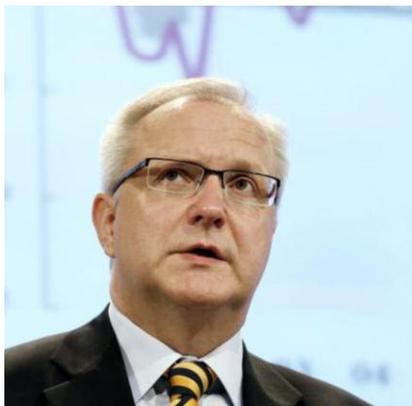
Sanktionen aus Brüssel

Die EU-Kommission will die Mitgliedsländer an die Kandare nehmen: Unsolides Wirtschaften wird bestraft.

Schärfere Kontrollen müssen her! Das zumindest glaubt EU-Währungskommissar Olli Rehn. Um der schlingernden Währungsunion wieder Halt zu geben, will er die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU-Staaten, vor allem aber der Euro-Länder, künftig deutlich genauer beaufsichtigen. Wer auffällig wird, muss mit Sanktionen rechnen.

Staaten mit chronischen Überschüssen oder Defiziten in ihrer Leistungsbilanz sollen danach eine jährliche Strafe von 0,1 Prozent ihrer Jahreswirtschaftsleistung (BIP) zahlen, weil sie die Stabilität der Euro-Zone gefährden. Das geht aus einem Verordnungsentwurf aus Rehns Behörde hervor.

Länder mit Ungleichgewichten sollen frühzeitig verwarnet und an den Pranger



Währungskommissar Rehn
Schuldenbremse für alle

gestellt werden. Bei anhaltender Schiefelage in der Leistungsbilanz bekommen sie von der Kommission politische Empfehlungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber auch für die Lohnentwicklung und strukturelle Reformen.

Alle EU-Staaten müssen nach Rehns Plänen in Zukunft bindende finanzpolitische Regeln nach dem Vorbild der deutschen Schuldenbremse und der mittelfristigen Finanzplanung installieren. Die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssten „in nationales Recht übernommen werden“.

Die Kommission selbst will bei ihrer Haushaltsüberwachung demnächst genauer hinschauen. Sie führt ein neues „Prinzip vorsichtiger Haushaltsführung“ ein. Es verpflichtet die Länder dazu, dass ihre Etats nicht stärker zulegen dürfen als das Wirtschaftswachstum. Droht ein Land vom Pfad solider Staatsfinanzen abzuweichen, muss sein Etatplus sogar deutlich geringer ausfallen als das Wirtschaftswachstum.

Die EU-Kommission will zudem stärker als bisher darauf achten, dass die Mitgliedstaaten ihren Schuldenstand energisch in Richtung der zulässigen Obergrenze von 60 Prozent vom BIP zurückfahren. Verstößt ein Land ständig gegen dieses Limit oder hat es über Jahre ein Haushaltsdefizit von mehr als drei Prozent, muss es von Beginn des dann fälligen Defizitverfahrens an ein unverzinsliches Strafpfand in Höhe von 0,2 Prozent des BIP hinterlegen.

Bekommt es seinen Etat in den Griff, erhält es sein Geld zurück. Versagt die Regierung, behält die Kommission das Pfand als Strafzahlung ein. Die Mitgliedstaaten wurden über die Pläne bereits unterrichtet, an diesem Mittwoch will Rehn die Öffentlichkeit informieren.

CHRISTIAN REIERMANN